



Vereinigte Industrieverbände

von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

VIV-INFO | 3/2018

Metall-Tarifrunde

In der Tarifrunde fordert die IG Metall einen Rechtsanspruch auf Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 35 auf 28 Stunden für alle. Ohne Rücksicht auf den Fachkräftemangel in der Industrie. Und in den Sondierungsgesprächen für eine große Koalition vereinbaren CDU/CSU und SPD einen generellen Rechtsanspruch auf Teilzeit mit Rückkehrrecht in Vollzeit für alle Vollzeit- und Teilzeitkräfte ohne Beschränkung auf ein bestimmtes Arbeitsvolumen.

Wie bitte soll eigentlich die Tarifforderung der IG Metall mit dem Rechtsan-

spruch im Gesetz zusammenpassen? Fragen Sie doch einmal die IG Metall! Und ultimativ acht Prozent mehr Lohn für 27 Monate einfordern. Wie passt das mit der Ursprungsforderung zusammen? Und 24-Stunden-Streiks, um maximalen Druck zu entfalten? Das könnte am Ende ein Pyrrhussieg der IG Metall werden, wenn die Unternehmen aus der Tarifbindung fliehen.

Die am besten bezahlten Arbeitnehmer der Republik werden maßlos, besser gesagt, ihre Funktionäre. (So)

VIV-Interview

• Dr. Ralph Henger

Senior Economist Wohnungspolitik und Immobilienökonomik, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Kurz notiert

Sachgrundlose Befristung

Die SPD möchte sie gerne abschaffen. Betroffen wäre die deutsche Wirtschaft. Nicht betroffen der öffentliche Dienst, der regelmäßig auf die Befristung mit Sachgrund zurückgreift. „Im öffentlichen Dienst gibt es eine nur noch pathologisch zu nennende Befristungspraxis ...“, sagt – völlig zu Recht – der Arbeitsmarktforscher Stefan Sell (Dürener Nachrichten vom 23.01.2018).

Kurzum: Für den öffentlichen Dienst (Lehrer, Hochschulen etc.) verschließt die Politik bewusst die Augen. Dabei findet dort der eigentliche Skandal statt!

(So)

VIV-Info Wegweiser



Weitere Informationen erhalten Mitglieder im ExtraVIV



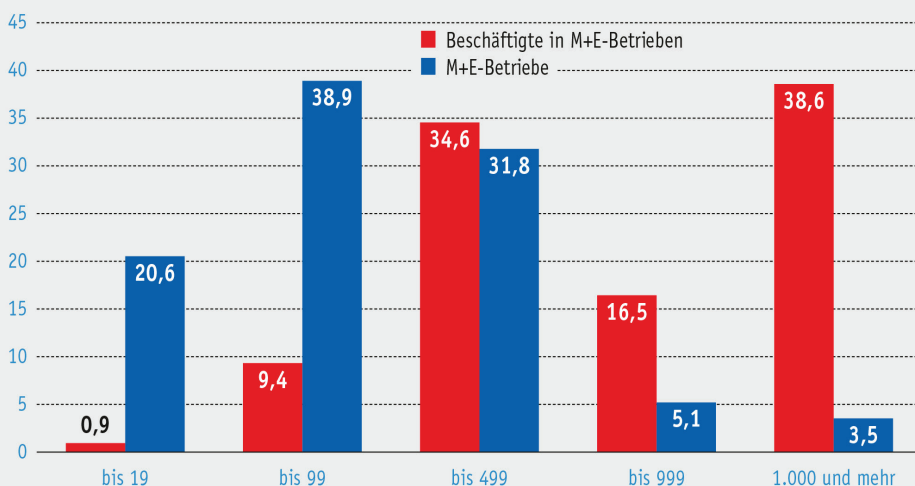
Bitte beachten Sie weitere Anhänge



Weitere Informationen auf Anfrage bzw. im ExtraVIV

M+E-Betriebe und Beschäftigte in M+E-Betrieben nach Betriebsgrößenklassen

Betriebe in den M+E-Mitgliedsverbänden in NRW am 31.12.2016 (Angaben in Prozent)



Quelle: Metall NRW

Stromkosten

Inzwischen sind die Strompreise in Deutschland die höchsten in ganz Europa (neben denjenigen in Dänemark), sie liegen 50 Prozent über dem EU-Durchschnitt.

Die Deutschen gehen weiterhin ihren teuren EEG-Sonderweg. Das Paradoxe daran ist, dass die deutschen Subventionen zwar den hiesigen Solar- und Wind-

strom-Ausbau stark anregen, aber die Gesamtmenge der Emissionen in der Europäischen Union um keine einzige Tonne senken.

Wenn die Deutschen weniger Zertifikate nachfragen, sinkt deren Preis. Entsprechend fragen Industrie- und Stromkonzerne sowie Verbraucher in anderen EU-Ländern mehr nach.

Die deutschen EEG-Milliarden führen nicht dazu, dass die Emissionen gesenkt werden. Sie werden nur verlagert und entstehen an anderer Stelle. (So)

Quelle: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 14.1.2018

Der Arbeitsmarkt im Januar 2018

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat Zahlen für den Arbeitsmarkt für Januar 2018 veröffentlicht.

Im Vergleich zum Vormonat ist die Zahl der Arbeitslosen um 185.000 auf 2.570.000 gestiegen. Saisonbereinigt ging die Arbeitslosigkeit jedoch deutlich um 25.000 Personen im Vergleich zum Vormonat zurück. Verglichen mit dem Vorjahr waren in Deutschland 207.000 Menschen weniger arbeitslos gemeldet.

Die Zahl der Erwerbstätigen ist im Dezember 2017 im Vergleich zum Vormonat saisonbereinigt um 67.000 auf 44,62 Millionen Menschen gestiegen. Dies ist gleichbedeutend mit einem Zuwachs um 641.000 Menschen im Vergleich zum Vorjahr. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist im November saisonbereinigt um 84.000 höher ausgefallen als einen Monat zuvor. Im Jahresvergleich stieg die Zahl um 756.000 auf nunmehr 32,82 Millionen Personen.

Am nordrhein-westfälischen Arbeitsmarkt ist die Zahl der Arbeitslosen im Januar gegenüber dem Dezember um 28.711 Personen auf 691.134 gestiegen. Verglichen mit dem Vorjahresmonat waren 39.634 Menschen weniger arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote sank im Vergleich zum Vorjahresmonat um 0,4 Punkte auf 7,3 Prozent. (Kie)

Quelle: unternehmer nrw. vom 31.1.2018

Bundesagentur für Arbeit: eService für Unternehmen

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) bietet verschiedene elektronische Angebote - so genannte eServices - für Unternehmen an. Die BA hat die Angebote nun in einem Flyer zusammenfassend dargestellt, den wir Ihnen auf Anforderung gerne überlassen.

Die eServices, die Sie auch auf der Seite der BA unter www.arbeitsagentur.de/meine-eservices-unternehmen finden, umfassen die Meldung von freien Stellen,

die Veröffentlichung und Bearbeitung der Stellenangebote, den direkten Kontakt zu Bewerbern und zum Arbeitgeberservice der Agenturen sowie die Verwaltung von Vermittlungsvorschlägen. Ebenfalls unter diesem Link finden Sie den Antragservice für Unternehmen. Hier können Unternehmen Saison-Kurzarbeitergeld, Eingliederungszuschüsse oder eine Betriebsnummer beantragen.

Ein weiteres eService-Angebot ist die elektronische Übermittlung der Arbeits-

bescheinigung an die Agentur, die Sie unter www.arbeitsagentur.de > „Unternehmen“ > „Personalfragen klären“ > „BEA-Bescheinigungen elektronisch annehmen“ finden. (Kie)

Quelle: unternehmer nrw. vom 22.1.2018



Flyer der BA

IMPRESSUM & KONTAKT

Herausgeber

Vereinigte Industrieverbände von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

Verantwortlich für den Inhalt

Hans-Harald Sowka

Kontakt

Vereinigte Industrieverbände e.V.
Tivolistraße 76
52349 Düren

FON 02421/4042-0

FAX 02421/4042-25

E-MAIL info@vivdueren.de

WEB www.vivdueren.de

Interview mit Herrn Dr. Ralph Henger Senior Economist Wohnungspolitik und Immobilienökonomik, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Wie groß ist eigentlich die „Baulücke“ in Deutschland?

Nach unserem IW-Wohnungsbedarfsmodell benötigen wir bis zum Jahr 2020 jedes Jahr 385.000 Wohneinheiten. Hiervon fallen 132.000 Wohnungen per anno auf die erhöhte Zuwanderung seit 2015. Zwar zieht die Bautätigkeit seit Jahren stetig an, reicht aber bei weitem nicht aus, um diese hohen Bedarfe zu decken. So liegt die Bautätigkeit nach den aktuellsten Zahlen für das Jahr 2016 bei 278.000 (Baufertigstellungen) bzw. 375.000 (Genehmigungen) Wohnungen. Die Baulücke beläuft sich also immer noch auf rund 100.000 Wohnungen pro Jahr. Die wahre Lücke ist sogar noch größer, da die Bautätigkeit und der Baubedarf räumlich sehr stark auseinander fallen. Während es in nahezu allen Großstädten an Geschosswohnungen mangelt, werden in vielen ländlichen Regionen deutlich zu viele Einfamilienhäuser gebaut. Entsprechend steigen in den Ballungszentren die Preise und Mieten. Gleichzeitig wird auf dem Land der Leerstand von morgen gebaut, da die Bevölkerung im ländlichen Raum insgesamt schrumpft. Die Dorfzentren und die Zersiedlung mit neuen Baugebieten nehmen wieder zu, was die Kosten der Kommunen und der Bevölkerung für die Infrastruktur weiter treiben wird.

Vom Land in die Stadt oder wieder zurück. Wie ist der aktuelle Trend?

Zunächst einmal muss man sich klar machen, dass die Außenwanderung die Binnenwanderung aktuell sehr deutlich überlagert. Hier hat sich die Lage in den letzten Jahren dramatisch verändert. Noch vor wenigen Jahren war alles geprägt von der Diskussion über den demografischen Wandel und den Rückgang bzw. die Alterung der Bevölkerung. Deutschland hat 2009 und 2010 im Sal-

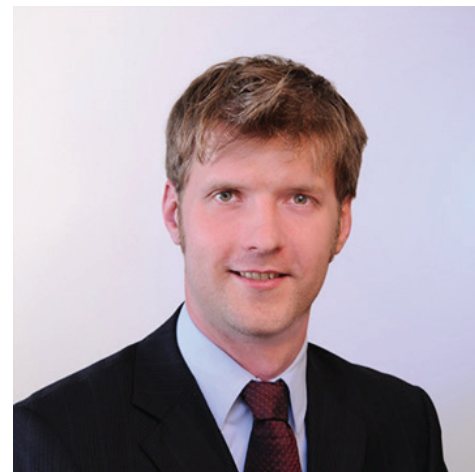
do Bevölkerung verloren. Jetzt erzielt Deutschland seit Jahren historisch hohe Wanderungsüberschüsse. Schrumpfung ist für viele Städte und Gemeinden daher kein Thema mehr.

Aber auch die Binnenwanderung hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Wanderung ist heute viel stärker überregional geprägt. Insbesondere die Metropolregionen wirken auf junge Bevölkerungsschichten wie ein Magnet. Haupttreiber sind der starke Beschäftigungsaufbau und die steigenden Studentenzahlen. Darüber hinaus hat sich die infrastrukturelle Versorgung vieler ländlicher Räume in den letzten Jahren relativ zu den Großstädten verschlechtert (Stichwort Breitband- oder Ärzteversorgung).

In der Summe hat dies dazu geführt, dass die kreisfreien Großstädte in Deutschland deutlich an Bevölkerung gewonnen haben. Interessant ist, dass dieser Trend nun beginnt, sich wieder umzukehren. In den Jahren 2006 bis 2013 haben die Großstädte durch Binnenwanderung an Bevölkerung gewonnen; seit 2014 legen aber die sonstigen Kreise wieder zu. Die Erklärung ist simpel: In den Ballungszentren fehlt es an Wohnungen. Zudem sind die Preise und Mieten vielerorts so hoch, dass sich viele wieder auf günstigere Alternativen in den Vororten und auf dem Land umschauchen.

Preiswerter Wohnraum in den Großstädten ist knapp. Der Ruf nach mehr Sozialwohnungen ist da berechtigt oder eine Sackgasse?

Es ist in jedem Fall falsch, den Neubau von Sozialwohnungen zu stark zu forcieren. Dafür ist er schlicht zu teuer, da viele Haushalte auch dann noch von der Förderung profitieren, wenn sie nicht mehr bedürftig sind. Die Fehlbelegungsquoten



Dr. Ralph Henger

sind hoch und lassen sich durch Fehlbelegungsabgaben kaum verringern. Der geförderte Wohnungsbau sollte daher nur „wohl dosiert“ zum Einsatz kommen, um das Zugangsproblem für bestimmte Haushalte zu adressieren. Besser sind direkte Transfers an einkommensschwache Haushalte.

Wie können Städte für eine ausgeglichene Sozialstruktur Sorge tragen?

Es kommt auf die Mischung mehrerer Instrumente an. Hierbei muss man sich zunächst klar machen, dass in Deutschland ein relativ starkes Netz an verschiedenen gut funktionierenden sozial- und wohnungspolitischen Instrumenten besteht. Im Rahmen von Hartz-IV werden Wohnungen vollständig über die Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) finanziert. Haushalte mit geringen Einkommen erhalten für einen Teil der Miete einen Zuschuss, das sogenannte Wohngeld. Zudem haben die Städte eigene Wohnungsunternehmen und Möglichkeiten zur sozialen Wohnraumförderung. Wie gesagt, ist dies sehr teuer.

Die Kommunen sollten daher verstärkt Belegungsrechte für den Wohnungsbestand erwerben. Sie erhalten hierdurch

für die Zahlung einer Prämie an die Vermieter das Recht, Mieter auszuwählen. Dies hilft Haushalten, die Probleme haben einen Mietvertrag abzuschließen, den Zugang zum Wohnungsmarkt zu ermöglichen. Es ist ein Fehler, wenn die Kommunen Belegungsrechte nur durch den Bau von neuen Sozialwohnungen schaffen. Hierdurch bleiben günstige und treffsichere Maßnahmen ungenutzt.

Wer bekommt eigentlich Wohngeld und in welcher Höhe?

Das Wohngeld richtet sich an Haushalte mit niedrigen Einkommen und hoher Mietbelastung. Hartz-IV-Empfänger sind ausgeschlossen, da sie ihre Wohnung

ja bereits über die Grundsicherung voll finanziert bekommen. Gegenüber der Grundsicherung hat das Wohngeld deutliche Effizienzvorteile, da die Haushalte immer mit einem Teil an der Bestreitung der Wohnkosten beteiligt sind und dementsprechend Anreize haben, möglichst günstig zu wohnen. Wer genau bis zu welchem Einkommen Wohngeld bekommt, ist nicht allgemein zu beantworten, da das Wohngeld neben dem Einkommen auch von der Miete und der Haushaltsgröße abhängt. Das Wohngeld ist sehr gut ausgestaltet und so konzipiert, dass ein Haushalt keine zu hohe Wohnkostenbelastung erfährt. Es steigt mit zunehmender Miete an, solange bis der jeweili-

ge Höchstbetrag erreicht ist, die in sechs Mietstufen regional gestaffelt sind. Köln liegt zum Beispiel in der Mietenstufe VI und damit in der höchsten Mietenstufe. Übersteigt die tatsächliche Miete den Höchstbetrag, dann wird nur der Höchstbetrag zur Berechnung des Wohngelds herangezogen. Damit wird verhindert, dass die Haushalte ihren Wohnkonsum aufgrund des Wohngelds zu stark ausweiten. Ein Einpersonenhaushalt mit einer Miete in Höhe von monatlich 522 Euro und 1.000 Euro Bruttoeinkommen, erhält zum Beispiel Wohngeld in Höhe von 200 Euro. Ab einem Einkommen von 1.540 Euro bekommt er kein Wohngeld mehr.

(So)